

Blutgeld und Bringschuld

VON JOSEF JOFFE

Die Deutschen von 1938, die geplündert, gejoht oder auch nur genickt haben, als ihre Mitbürger in der Schreckensnacht den Anfang der „Endlösung“ zu spüren bekamen – in ihren wildesten Alpträumen hätten sie sich damals nicht ausmalen können, wie lange sie das Nazi-Monstrum noch verfolgen würde. Heute leben kaum noch Menschen, die in der „Kristallnacht“ dagewesen sind; fast vergessen sind Terror und Vernichtung. Und doch werden die Deutschen (Franzosen, Schweizer, Schweden) tagtäglich von ihrer Vergangenheit eingeholt.

Am heutigen Dienstag, just einen Tag nach dem 60-Jahre-Gedenken, meldet sich die Vergangenheit in einer Gestalt zurück, die auch das nächste Jahrzehnt überschatten wird. Sie hat fast nichts mit Erinnerungsritualen zu tun, und fast alles mit der Zukunft. Im Bundeskanzleramt trifft sich zum ersten Mal eine Arbeitsgruppe von hochrangigen Wirtschaftsvertretern, um über den Abbau einer quälenden Hypothek zu beraten: über Zwangsarbeiter, die nicht entschädigt, Polizen, die nicht ausgezahlt wurden, Gold, das geraubt worden ist. Zu beenden sind die Leute nicht, müssen sie doch mit schier uferlosen Ansprüchen, einem noch ungezählten Heer von Interessenvertretern und ungeheueren Komplikationen fertigwerden. Am Ende aber wird dieses Land nicht um eine Lösung herumkommen, die stets das üble Beispiel der Schweiz im Auge behält.

Die Schweizer haben sich in der Sache des Nazi-Goldes gedreht und gewunden, alle Register des Ressentiment gezogen – und zum Schluß mußten sie doch bezahlen. Sie haben es in einer Weise getan – spät und unwirsch –, die ihnen wenig Dankbarkeit und noch weniger Ehre eingetragen hat. Das muß Deutschland vermeiden – nicht nur aus moralischem, sondern auch aus realpolitischem Grund. Denn in der Waagschale liegen das Ansehen dieser Republik sowie die guten Beziehungen zu Amerika und Israel.

Welche Prinzipien sollten die Beratungen leiten? Vorweg: Es war gut, daß die neue Regierung das Problem rasch an sich gezogen und auf die höchste Ebene getragen hat, nämlich mitten ins Kanzleramt – unter dem Vorsitz des Amtschefs Bodo Hombach. Denn zu unterschiedlich sind die Interessen der Wirtschaft (Autos, Banken, Versicherungen), als daß sie allein ein einigendes Band finden könnte. Überdies: Die Wirtschaft denkt vorweg an die Bilanzen und Aktionäre – muß sie auch tun – und erst in zweiter Linie an die Notwendigkeiten des Ganzen.

Zweites Prinzip: Alle Beteiligten täten gut daran, sich nicht von Larmoyanz, geschweige denn Verfolgungswahn blenden zu lassen. Gewiß, auf der anderen Seite – zumal in Amerika – sind nicht nur Leute mit selbstlosen Motiven am Werk.

Da sind Rechtsanwälte, auch deutsche, die an astronomische Erfolgshonorare denken, Führer von Organisationen, die sich in dem Ruhm sonnen wollen, das Beste für ihre Klientel herausgeschlagen zu haben. Dennoch: Selbstmitleid und Wut sind immer schlechte Ratgeber, weil sie Hirn und Herz trüben.

Drittens: Über Entschädigung als Prinzip darf es nicht einmal eine Debatte geben, erst recht nicht das Zündeln am Ressentiment, etwa: „Die wollen uns doch nur das Exportgeschäft versauen.“ Die Bringschuld ist leider allzu offenkundig. Nur: Wer von VW, Degussa, Allianz viel Geld für die Opfer und Hinterbliebenen will, hat ebenfalls eine Bringschuld. Er muß der deutschen Seite beweisen, daß er (a) Vollmacht hat und (b) Forderungen präsentiert, die nicht nach hinten so offen sind wie das Meer. Was nützt es, mit den jüdischen Organisationen eine Lösung zu besiegeln, wenn hinterher ein amerikanischer Sammelklagen-Anwalt (oder auch ein deutscher) kommt und sagt: „Das geht mich nichts an.“

Es gibt zwei Wege. Der juristische geht über einen US-Bundesrichter, der eine Klasse von Menschen als klageberechtigt „zertifiziert“. Hinterher wird ein neuer *class action* Prozeß nicht mehr zugelassen. Der zweite Weg führt von Bonn nach Washington: Der US-Präsident kann in eigener Vollmacht einen Deal absegnen, der von den US-Gerichten nicht mehr angetastet werden kann. Auch deshalb war es wichtig, daß das Kanzleramt die Fäden an sich zog.

Letztes Prinzip: Statt sich hinter buchhalterischen Kautelen zu verschanzen („beweisen Sie Ihren Anspruch“ oder „Sie haben doch schon mal fünf Mark pro Tag bekommen“), sollten Bund und Wirtschaft die große Geste pflegen. Gegen die Drohung mit Boykott und Lizenzentzug wehrt man sich am besten mit dem moralischen Anspruch. Konkret: „Wir wollen nicht nur über Blutgeld reden, sondern auch über unsere gemeinsame Zukunft.“ Es gilt also nicht nur einen Entschädigungsfonds für das Gestern einzurichten, sondern auch eine Stiftung, die morgen Gutes tut: Jugendaustausch, Lehrstühle, Forschung, Hilfe für die Gestrauchelten. Alte Rechnungen, ja, aber auch neue Hoffnungen: Das ist das Wesen einer weisen Politik.

All das schließt harte Verhandlungen nicht aus. Hüten aber müssen sich beide Seiten, das Klima auf der anderen nicht per Selbstgerechtigkeit oder Erpressung zu vergiften. Denn letztendlich steht eine Freundschaft auf dem Spiel, die Deutschen wie Amerikanern kostbar sein muß. Ob die Wirtschaft hier, die Interessenvertechter dort das allein schaffen? Bodo Hombach braucht einen würdigen Widerpart im amerikanischen Zentrum der Macht: im Weißen Haus.